

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 55425 WALDALGESHEIM

An die
Interessengemeinschaft Wochenendgebiet
Waldalgesheim e.V. (IG-WEG)

Per E-Mail an IG-WEG@gmx.de

**FRAKTION IM GEMEINDERAT
WALDALGESHEIM**

Tobias Grabowski
Fraktionsvorsitzender
Uwe Kaska
Stellv. Fraktionsvorsitzender

waldalgesheim@gruene-rhein-nahe.de

Waldalgesheim, 03.05.2019

**Hoffnung für Bürgerinnen und Bürger im Wochenendgebiet Waldalgesheim?
-Befragung der Parteien zur Kommunalwahl 2019-**

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Anwohner des Wochenendgebietes in Waldalgesheim,

gerne möchten wir Ihnen hiermit die an uns gerichteten Fragen beantworten.

Zur Vereinfachung fassen wir die Antworten der **Fragen 1-5** zusammen und beantworten diese in einem Fließtext.

Wir die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen werden uns weiterhin für die Belange aller Bürgerinnen und Bürger in Waldalgesheim einsetzen.

Für oder gegen eine Legalisierung des dauerhaften Wohnens können wir uns an dieser Stelle nicht festlegen. Wie Sie zutreffend selbst beschreiben ist dafür der wenig transparente Prozess der Gemeindeverwaltung - im Übrigen auch ggü. uns als Fraktion im Gemeinderat - zu schleppend. Am 05.11.2015 hat der Ausschuss für das Wochenendgebiet einmalig getagt. Im Anschluss gab es zwar immer wieder nachfragen seitens unserer Fraktion im Gemeinderat zum Sachstand, jedoch lässt sich festhalten, dass in den vergangenen **fünf Jahren** zu wenig im Themenkomplex des Wochenendgebietes passiert ist. Immer wieder verweist die Gemeindeverwaltung auf die Abstimmungen mit der Verbandsgemeinde und der Kreisverwaltung.

Wir erwarten jetzt zeitnah, dass uns die Verwaltung die planerische Lösung in Daxweiler und Dörrebach vorstellt, insbesondere unter Bezug auf die möglicherweise darin enthaltenen Ideen bzgl. der rechtlichen Verhältnisse und tatsächlichen Möglichkeiten in Waldalgesheim.

Festzuhalten bleibt weiterhin, dass es schade ist, dass sich in einer so zukunftsorientierten und aufstrebenden Gemeinde wie Waldalgesheim Teile der Bevölkerung sich von ihrer Verwaltung nicht zeitnah, gar nicht, unzureichend oder falsch informiert fühlen. Dies passt nicht in die heutige Zeit.

Hierzu konkret zum Ausschuss für das Wochenendgebiet:

Wir von **Bündnis 90/Die Grünen haben vor der Kommunalwahl 2014 versprochen**, dass wir bei der Auswahl eines möglichen Ausschussmitgliedes die Ausprägung der Informationspolitik der Verwaltung im Blick haben werden, um dieser entgegenzuwirken. Wir haben Ihnen als Interessensgemeinschaft eine Nicht-Besetzung des Ausschussplatzes mit einem Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen angeboten, so dass stattdessen ein interessierter Anwohner des Wochenendgebietes direkt an diesen Ausschusssitzungen teilnehmen und sich so einbringen kann. **Dies haben wir mit Ralf Laux auch eingehalten.**

Ohne Frage ist die einmalige Sitzung des betreffenden Ausschusses zu wenig in **fünf Jahren**. Nicht nur der entsprechende Ausschuss muss in öffentlichen statt nicht-öffentlichen Sitzungen tagen! Auch die Information daraus bzw. die Beschlüsse müssen transparent veröffentlicht werden!

Demokratie lebt vom aktiven Einmischen - auch in den Kommunen. Kommunalpolitik muss dafür transparenter und beteiligungsorientierter sein. Jede und jeder muss die Möglichkeit haben sich in politische Prozesse einzubringen, unabhängig von Geschlecht, Alter, sexueller Identität oder Herkunft.

Beteiligung setzt jedoch einen Meinungsbildungsprozess voraus, hierfür ist die wesentliche Voraussetzung eine umfangreiche Informationsgrundlage. Dafür muss Kommunalpolitik nachvollziehbar für die Bürgerinnen und Bürger sein. Wir wollen eine transparente Verwaltung, deren Daten und Informationen offen gelegt werden.

Vorlagen und Beschlüsse kommunaler Gremien müssen in verständlicher Art und Weise - nicht nur für Ratsmitglieder - dokumentiert werden und für alle zugänglich sein. Ratsinformationssysteme müssen zu verständlichen BürgerInnen-Informationssystemen weiterentwickelt werden.

Direkt nach der Kommunalwahl 2014 beantragte unsere Fraktion daher, dass in einem ersten und auch sehr kostenarmen Schritt alle Protokolle und Unterlagen von öffentlichen Sitzungen (Gemeinderats- aber auch Ausschuss- sowie sonstige Sitzungen) auf der Homepage der Gemeinde Waldalgesheim zu veröffentlichen.

Dies konnten wir erreichen!

Jetzt liegt es an der Verwaltung auch die Prüfung bzgl. des ebenfalls beantragten BürgerInnen-Informationssystem abzuschließen. Auch hierfür waren **fünf Jahre** Zeit!

Bezüglich Ihrer Frage 6 können wir (leider) immer noch auf den Sachstand von 2014 verweisen. Wir antworteten damals:

Der Straßenbeitrag ist eine Kommunalabgabe, die für bestimmte Maßnahmen des Straßenbaus erhoben wird. Seine rechtliche Grundlage stehen im Gesetz für Kommunale Abgaben in Rheinland-Pfalz (KAG RP) sowie in der Satzung vom 12. 09. 2007 zur Erhebung von Beiträgen für den Ausbau von Verkehrsanlagen der Ortsgemeinde Waldalgesheim.

Vor den weiteren Ausführungen zur genannten Schieflage, ist festzustellen, dass die Gemeinde für den Bereich der Ortslage Waldalgesheim und des Ortsteiles Genheim einmalige Beiträge nach tatsächlichen Investitionsaufwendungen für die Herstellung und den Ausbau von Verkehrsanlagen und für das Wochenendgebiet „In der Hasselbach“ wiederkehrende Beiträge für die Herstellung und den Ausbau von Verkehrsanlagen erhebt.

Der beitragsfähige Aufwand wird für alle Verkehrsanlagen im Wochenendgebiet nach dem Durchschnitt der im Zeitraum von 5 Jahren zu erwartenden Investitionsaufwendungen ermittelt.

Eine telefonische Nachfrage meinerseits am 13. 05. 2014 bei der Verbandsgemeindeverwaltung Rhein-Nahe bestätigte meine Vermutung, dass hierbei auch die Grundstücke der Gemeinde Waldalgesheim zu berücksichtigen sind. Insbesondere dann, wenn diese wie in Ihrem Schreiben festgestellt Hauptanlieger der betreffenden Straße ist.

Das im Wochenendgebiet „In der Hasselbach“ der Gemeindeanteil lediglich regelmäßig 20 % beträgt, wohingegen er in den übrigen Ortslagen je nach Fallgruppe (Durchgangs-, Anliegerverkehr usw.) 25-75 % beträgt ist allerdings als Schieflage anzusehen.

Zur Erreichung einer Finanzierungsgerechtigkeit könnte die Satzung vom 12. 09. 2007 zur Erhebung von Beiträgen für den Ausbau von Verkehrsanlagen der Ortsgemeinde Waldalgesheim geändert werden. Insbesondere wäre dies § 5 der Satzung. Hier ist explizit der Gemeindeanteil festgelegt.

Für weitere Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Tobias Grabowski
Fraktionsvorsitzender

gez.
Uwe Kaska
stellv. Fraktionsvorsitzender